

Die Herren erschienen im Morgengrauen...

Am frühen Morgen des 6. April 82 betraten 15 Kriminalbeamte das Haus Spitzwegstr. 22, die offizielle Kontaktadresse des "Braunschweiger Arbeitskreises gegen Atomenergie". Sie wiesen 5 Durchsuchungsbefehle vor, für jeden Bewohner einen. Dann durchsuchten sie die Wohnung und beschlagnahmten mehrere Exemplare der BI-Zeitung sowie ein einzelnes Exemplar eines fingierten Flugblattes, das Anfang März in Braunschweig und Salzgitter verteilt worden war. Dann zogen sie weiter zur Kontaktadresse der Pressegruppe des AK, die sie in den sichergestellten Dokumenten gefunden hatten, wo sie ohne Durchsuchungsbefehl mit der Begründung, es sei "Gefahr im Verzuge" eine weitere Hausdurchsuchung durchführten. Auch ein Mitglied des AK Salzgitter wurde Opfer einer Hausdurchsuchung; ihn holte man — sehr wirkungsvoll — von der Arbeit ab.

Worum ging es? Vorwand für die Hausdurchsuchungen waren zwei fingierte Briefe der Städte Braunschweig und Salzgitter, in denen die Gefährdung der Bevölkerung durch die geplanten Atommüllendlager Asse und Konrad dargestellt wurden. Ausgehend von der Tatsache, daß die Briefe bereits ca. 6 Wochen vor der Aktion auftauchten, ist das ganze wohl eher als Einschüchterungs- und Kriminalisierungsversuch zu verstehen. Die Reaktion der Presse war auch entsprechend: "Staatsanwalt bestätigte: Beweismaterial gefunden". (Braunschweiger Zeitung vom 7. 4.82), obwohl der Braunschweiger AK in einer Presseerklärung klargestellt hatt, daß er nicht der Urheber der gelungenen Falsifikate sei.



Zeitlich umrahmt war die ganze Aktion von den Gerüchten über die bald bevorstehende Einleitung des Planfeststellungsverfahrens für ein Zwischenlager im Schacht Konrad und dem Eintreffen des Abschlußberichtes bei der Bundesregierung über die Untersuchungen des Schachtes.

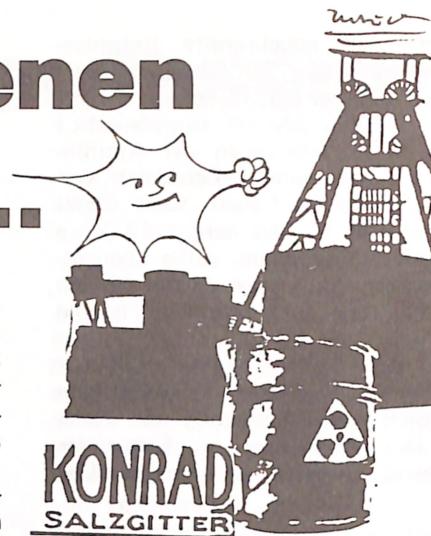
Am 31.3. 82 hatten die Regionalzeitungen gemeldet: "Planfeststellungsverfahren für ein Zwischenlager beginnt in den nächsten Wochen." Auf telefonische Nachfrage dementierte die PTB (Physikalisch-Technische-Bundesanstalt) und am 3.4.82 meldeten die Zeitungen: keine Zwischenlagerung in Konrad — Einleitung des Planfeststellungsverfahrens frühestens Ende des Jahres, allerdings für ein Endlager. Ob es sich bei diesem Verwirrspiel um Unwissenheit oder eine gezielte Erkundung des politischen Klimas handelt, ist schwer zu sagen. Eckart Viehl, Pressesprecher der PTB erklärte, "der Antrag auf Planfeststellungsverfahren werde beinhalten, daß schwachradioaktive und radioaktive!! Abfälle aus der Stilllegung kerntechnischer Anlagen eingelagert werden können". (BZ vom 3.4.82)

Auf den Begriff "radioaktive Abfälle" angesprochen, erklärte der Stadtdirektor von Salzgitter: "Der Oberbegriff für Radioaktivität sei umfassend und schließe schwachaktive und kontaminierte/aktive Großkomponenten ein. Aus der Benutzung des Oberbegriffes könne nicht geschlossen werden, daß nunmehr geplant sei, Konrad als Endlager für schwach-; mittel und hochaktive Abfälle einzurichten." (Salzgitterzeitung v. 26.3.82). Dr. Helmut Hirsch von der Gruppe Ökologie sieht das etwas anders, seiner Ansicht nach handelt es sich um Abrißkomponenten, die sehr wohl auch mittel- oder sogar hochradioaktiv sein können.

Der Abschlußbericht über die 6 Jahre andauernden Untersuchungen brachte erwartungsgemäß keine anderen Erkenntnisse als die geheimgehaltenen Zwischenberichte, die z.T. mit Formulierungen wie: "Wir vermuten, daß... "Es ist davon auszugehen, daß..." gespickt sind.

Die Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung (GSF) erklärte als Ergebnis der Untersuchungen: "Das Bergwerk sei aus bergtechnischer sowie hinsichtlich der kerntechnischen Sicherheit für die endgültige Aufnahme dieser Materialien geeignet." (Eckensberger Zeitung v. 8.4.82)

Der Bericht wird erst im Frühsommer veröffentlicht und die Argumente der Kritiker (näheres siehe Atommüllzeitung Nr. 17) dürften unter den Tisch gefallen sein. Der Abschlußbericht wird jetzt zunächst von der PTB geprüft, die dann beim niedersächsischen Sozialministerium in diesem Jahr



das Planfeststellungsverfahren beantragt, (dessen Ausgang nicht sonderlich spannend sein dürfte, da eine Krähe der anderen kein Auge aushacken wird.

Das von der Stadt Salzgitter geforderte Zweitgutachten der Gruppe Ökologie Hannover ist jetzt auch endgültig gestorben.

Es konnte bislang nicht fertiggestellt werden, da die Stadtverwaltung keine Daten herausrückte. Das Bundesforschungsministerium ist jetzt bereit, daß GSF-Gutachten zur Verfügung zu stellen; finanziell wird es sich allerdings nicht am kritischen Gutachten beteiligen. "Diese Erklärung ist ein Witz, schließlich leben wir nicht von Luft," so Helmut Hirsch dazu.

Der Widerstand ist mit dem Zweitgutachten nicht gebrochen. Die Regionalkonferenz südostniedersächsischer BI's ruft zu einer riesengroßen (hoffentlich!) Demonstration am Samstag der Woche, die auf die Bekanntgabe des Planfeststellungsverfahrens folgt, auf.

Die Art der Demo (mit oder ohne Aktionen) ist noch nicht genau geklärt.

Kontaktadresse:
Claus Schröder
Spitzwegstr. 22
3300 Braunschweig
Tel.- 0531/335974

